

Treml, Alfred K.

Srebrenica, Mogadischu oder Hamburg. Oder die Eine Welt ist schon überall, nur nicht in unseren Köpfen

Zeitschrift für Entwicklungspädagogik 16 (1993) 2, S. 25-27



Quellenangabe/ Reference:

Treml, Alfred K.: Srebrenica, Mogadischu oder Hamburg. Oder die Eine Welt ist schon überall, nur nicht in unseren Köpfen - In: Zeitschrift für Entwicklungspädagogik 16 (1993) 2, S. 25-27 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-242377 - DOI: 10.25656/01:24237

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-242377>

<https://doi.org/10.25656/01:24237>

in Kooperation mit / in cooperation with:

ZEP

Zeitschrift für internationale Bildungsforschung
und Entwicklungspädagogik

"Gesellschaft für interkulturelle Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik e.V."

<https://www.uni-bamberg.de/allgpaed/zep/profil>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

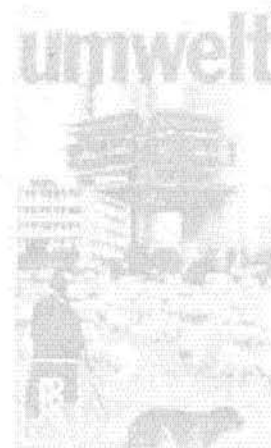
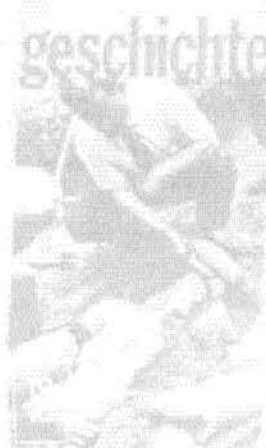
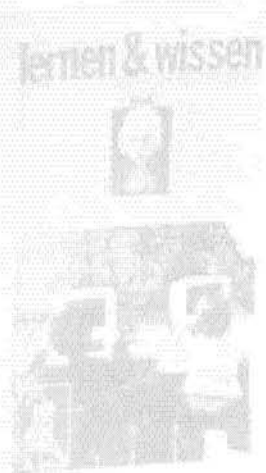
Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

ZEP

Zeitschrift für Entwicklungspädagogik ◦ 16. Jahrgang ◦ Juni 1993 ◦ Heft 2 ◦ ISSN 0175-0488 D ◦ Preis: 9,50 DM



Aus dem Inhalt:
Rassismus in Musikbüchern
Religionsbücher ohne "Fremde"
Personelle Entwicklungszusammenarbeit

"Dritte Welt" im Schulbuch

Zeitschrift für Entwicklungspädagogik

16.Jahrgang

Juni

2

1993

ISSN 0175-0488D

Inhalt:

Irmgard Sollinger	2	... da laß dich nicht ruhig nieder Rassismus und Eurozentrismus in Musikbüchern der Sekundarstufe I
Gottfried Orth	12	Fremdheit wird nicht wahrgenommen Ergebnisse einer Analyse von Schulbüchern zum evangelischen Religionsunterricht
Wolter Blankert	16	Die Dritte Welt in den niederländischen Schulbüchern
Dieter Hampel	19	Personelle Entwicklungszusammenarbeit als Ort interkultureller Begegnung
ZEPpelin	23	Am Ruti Ewipra
	24	Rätsel-Ecke
Alfred K. Tremel	25	Srebrenica, Mogadischu oder Hamburg Oder die Eine Welt ist schon überall, nur nicht in unseren Köpfen
Portrait	28	Oxford Committee for Famine Relief (Oxfam), Oxford
	30	Unterrichtsmaterial
	31	Rezensionen
	36	Informationen

Impressum: ZEP - Zeitschrift für Entwicklungspädagogik 16.Jg 1993 Heft 2. Die Zeitschrift erscheint im Verlag Schöppe & Schwarzenbart Tübingen / Hamburg. Herausgeber: Gesellschaft zur Förderung der Entwicklungspädagogik GFE. Schriftleitung: Alfred K. Tremel Redaktionsanschrift: 2055 Dassendorf, Pappelallee 19, Tel. 04104/3313. Redaktions-Geschäftsführer: Dr. Arno Schöppe, Tel. 040/6541-2921. Ständige Mitarbeiter: Prof.Dr. Asit Datta, Hannover; Dr. Hans Gängler, Dortmund; Pfr. Georg-Friedrich Pfäfflin, Stuttgart; Dipl.Päd. Ulrich Klemm, Ulm; Prof.Dr. Gottfried Orth, Karlsruhe; Annette Scheunpflug M.A., Hamburg; Klaus Seitz M.A., Nellingsheim; Barbara Toepfer, Weimar/Marburg; Prof.Dr. Alfred K. Tremel, Hamburg. Kolumne: Christian Graf-Zumsteg (Schweiz); Veronika Prasch (Österreich); Barbara Toepfer (ZEPpelin). Technische Bearbeitung/EDV: Sigrd Görgens, Esther Neumann, Heike Selinger, Britta Stade. Anzeigenverwaltung: Verlag Schöppe & Schwarzenbart, Nonnengasse 1, 74 Tübingen, Tel.: 07071/22801. Verantwortlich i.S.d.P.: Der geschäftsführende Herausgeber. Titelbild: Titelbild: Achim Heinrichs, Bielefeld Abbildungen: falls nicht bezeichnet: Privatfotos. Das Heft ist auf umweltfreundlichem chlorfreiem Papier gedruckt

Anmerkung: Generische Maskulina werden im Text, falls von den Autoren nicht anders vermerkt, dem Sprachgebrauch im Deutschen entsprechend, geschlechtsneutral verwendet.

Erscheinungsweise und Bezugsbedingungen:

erscheint vierteljährlich; Jahresabonnement DM 36,- Einzelheft DM 9,50; alle Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten; Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag. Abbestellungen spätestens acht Wochen vor Ablauf des Jahres.

Verlagsanschrift: Verlag Schöppe & Schwarzenbart, Nonnengasse 1, 74 Tübingen, Tel.: 07071/22801. ISSN 0175-0488 D

Alfred K. Tremml

Srebrenica, Mogadischu oder Hamburg

Oder die Eine Welt ist schon überall, nur nicht in unseren Köpfen

Stellen wir uns einmal folgendes Szenario vor: Wir haben das Jahr 2004. Genauer, den 12. April 2004. Die ausländerfeindlichen Unruhen in Deutschland nehmen eine neue Qualität an. Hamburg hat inzwischen einen Ausländeranteil von 57%, in einzelnen Stadtteilen, wie St. Georg, Altona und Kirchwerder, liegt er bei über 98%. Nicht viel anders ist die Situation in München mit einem Ausländeranteil von fast 60% und in Berlin mit gar 75%. In Reaktion auf die Ausrufung von Hamburg als erste autonome interkulturelle Stadt Deutschlands beschießen Heckenschützen der "Rechten Front", einer in den letzten Jahren zunehmend erstarkten militanten ausländerfeindlichen Gruppe, eine islamische Beerdigungsgesellschaft. 6 Tote und 14 Verwundete. Einen Tag später zerstört eine Rohrbombe die Moschee in Berlin-Kreuzberg während eines Gottesdienstes: 37 Tote und 75 Verwundete.

Von jetzt an geht es Schlag auf Schlag. Größere Verbände der "Rechten Front" formieren sich um Hamburg, kurze Zeit später auch um München und in einzelnen Teilen Berlins. Die mit 80.000 Menschen überfüllte Containerstadt auf dem Heiligengeistfeld in Hamburg

wird zuerst eingekesselt. Die "Rechte Front", aus schlecht gesicherten Munitionsdepot der Bundeswehr und aus anderen Quellen gut versorgt, schießt mit Maschinengewehren und schwerer Artillerie in das Containerdorf. Gleichzeitig wird St. Georg und Altona bombardiert. Straßenkämpfe brechen aus. Die Eingeschlossenen wehren sich verzweifelt mit allen Mitteln. Aber mit ihren Knüppeln, Messern und kleinen Flinten sind sie der gut bewaffneten "Rechten Front" hilflos ausgeliefert.

Die Kämpfe weiten sich aus und werden mit größter Brutalität und unvorstellbarer Grausamkeit geführt. An der Elbe bei Finkenwerder werden täglich Leichen von Männern, Frauen und Kindern - teilweise mit schweren Folterspuren - angeschwemmt. Viele Frauen werden vergewaltigt, Kinder von Brand- und Splitterbomben zerfetzt. Die Not der Eingeschlossenen in Hamburg, Berlin und München nimmt täglich zu. Im Verlaufe des Sommers kommen, so schätzt man über 30.000 Menschen ums Leben, über 80.000 werden verletzt. Flüchtlingsströme ergießen sich in die Lüneburger Heide und ins Allgäu. Die Belagerungsringe um die Stadtteile mit

Zur Diskussion Zur Diskussion Zur Diskussion Zur Diskussion Zur Diskussion

hohem Ausländeranteil werden immer enger. Hecken schützen der "Rechten Front" erschießen gezielt die eingeschlossenen Menschen, auch Frauen und Kinder. Im Fernsehen sehen wir täglich die entsetzlichen Bildern von Kindern mit abgerissenen Füßen und zerquetschten Köpfen, von vergewaltigten und mißhandelten Frauen, verbluteten und erschossenen Männern und von den menschenverachtenden Zuständen in den Lagern, die die "Rechte Front" in Fußballstadien, U-Bahn-Schächten und Schlachthäusern angelegt hat. Die Innenstädte sind zerbombt und sehen aus wie 1945. Die Menschen haufen in Kellern und sind Ende des Jahres vom Hungertod bedroht. Die "Rechte Front" zielt auf eine "ethische Säuberung" der deutschen Städte.

Die Bundesregierung und die Welt sind entsetzt und verhandelt mit der "Rechten Front". Waffenstillstände werden abgeschlossen und gebrochen. Weihnachten 2004 wird der 74. Waffenstillstand unterzeichnet und 5 Minuten später wieder gebrochen. Der "Rechten Front" werden harte Sanktionen angedroht. Die politische Diskussion um angemessene Reaktionen, die täglich in den Zeitungen, im Rundfunk und im Fernsehen geführt wird, erhitzt sich. Die Menschen sind betroffen, aber die politische Situation ist heikel. Der Bundesgrenzschutz ist an der östlichen Grenze gegen die "Ausländerflut" eingesetzt und dort unabhkömmlich. Die Polizei ist nicht nur schlecht bezahlt, sondern auch schlecht bewaffnet und kommt für eine militärische Auseinandersetzung nicht in Frage. Die Bundeswehr, inzwischen auf 140.000 Mann abgerüstet, ist aufgrund ihrer Dienstausgleichsordnung nicht einsatzfähig. Vor allem aber darf sie eigentlich nach der Rechtslage nur gegen einen äußeren Feind eingesetzt werden und kommt schon deshalb nicht in Frage. Die Bundesregierung plant nun Hilfsflüge über den eingekesselten Städten, um die hilflosen Menschen mit Nahrungsmitteln und Medikamenten aus der Luft zu versorgen. Weil diese Flüge mit Bundeswehrmaschinen geflogen werden müssen, entbrennt ein heftiger Streit um die Legitimität dieser Bundeswehreinsätze im eigenen Lande. Die CDU und die CSU ist schließlich dafür, die SPD und die Grünen dagegen, die FDP dafür und dagegen. Schließlich finden die Flüge doch statt. Die FDP und die SPD klagt daraufhin beim Bundesverfassungsgericht. Um der Luftabwehr der "Rechten Front" zu entgegen, werden die Hilfslieferungen für die Eingeschlossenen aus großer Höhe (3 km) abgeworfen und erreichen deshalb nur selten die eigentlichen Adressaten.

Wir sitzen vor unseren Fernsehern und sind immer mehr betroffen. "Sterben für Ausländer?" heißt eine Talk-Runde im Ersten Programm. Ein Bundeswehr-General spricht sich strikt gegen einen Einsatz der Bundeswehr aus. Es könnte ein Soldat verletzt werden. Politiker A. stimmt dem zu und bringt seine Sorge zum Ausdruck, was wohl geschehen würde, wenn der erste tote Bundeswehrsoldat in einem Sinksarg nach Hause ge-

schickt würde. Auch Politiker B. warnt eindringlich vor "vorschnellen und unüberlegten Reaktionen". Wenn man hier gewaltsam einschritte, müßte man an vielen anderen Stellen der Welt das gleich tun, den ähnliches gibt es auch in Rußland, Armenien, Afrika und anderswo. Nur eine Grünen-Politikerin spricht sich für eine militärische Hilfe für die Eingeschlossenen aus. Sie wird kurz danach aus der Partei wegen parteischädigendem Verhalten ausgeschlossen. Ostern 2005 rufen der Papst und die Friedensbewegung zur friedlichen Lösung und gegen eine militärische Lösung auf. "Frieden schaffen - nur ohne Waffen!", heißt die Losung der 2000 Demonstranten in Lüneburg. Das traditionelle Motto: "Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin!" wird nicht mehr verwendet, denn es ist Krieg - mitten in Deutschland - und keiner geht hin. Am 20. April fällt Hamburg. Die Stadt an der Elbe ist wieder ausländerfrei.

Ich brauche das Schreckenszenario nicht weiter auszumalen, zumal derzeit kein Ende der Geschichte abzusehen ist. Was könnten wir aus dieser Verfremdung lernen? Vielleicht folgendes:

1. Die Eine Welt ist überall auf der Welt schon Wirklichkeit, nur nicht in unseren Köpfen. Während das Weltgeschehen in Form gesellschaftlicher Kommunikation schon lange als Einheit behandelt wird und keinen Unterschied mehr zwischen Hamburg und Srebrenica, zwischen Mogadischu und München mehr macht, strukturieren und interpretieren wir diese neue Situation immer noch nach nationalstaatlichen Kategorien aus dem 18. Jahrhundert. Wer die neue Situation der Einen Welt ernst nimmt, muß ihre Probleme als innenpolitische behandeln und lösen. Weltinnenpolitik kann dabei auf die Erfahrungen einer langen Tradition staatlicher Sozial- und Sicherheitspolitik zurückgreifen. Der Dritten Welt könnte so in der Einen Welt mit Hilfe sozialpolitischer Maßnahmen (Armenfürsorge, soziales Netz ect.) geholfen werden. Kriege mitten in Europa können, müssen mit Hilfe der klassischen (innenpolitischen) Sicherheitspolitik verhindert oder bekämpft werden, also mit "polizeylichen" Methoden. Alles andere würde bedeuten, Gewalt, Armut und Ungerechtigkeit mit Verweis auf die Autonomie selbsternannter Lokalfürsten und Diktatoren mit Hilfe überkommener nationalstaatlicher Kategorien zu legitimieren und zu verlängern.

2. Wir müssen alle unsere historisch überkommenen Selbstverständlichkeiten im Denken und Handeln einer kritischen Überprüfung überziehen und sie ggf. durch andere ersetzen. Das bedeutet vor allem: abstrakter denken. Den konkreten Menschen in Srebrenica können wir vielleicht nur helfen, wenn wir abstrakter denken, d.h. wenn wir unsere überkommenen Aprioriannahmen verwerfen (die unserem systematischen Nichtstun zugrundeliegen) und funktionalistisch denken. Das Überleben seiner Bürger hat der moderne Sozialstaat dadurch gesichert, daß er grundlegende Funktionen der Über-

Zur Diskussion Zur Diskussion Zur Diskussion Zur Diskussion Zur Diskussion

lebenssicherung dem einzelnen abnahm und das Risiko dadurch verkleinerte. Das Sozialsystem übernahm die Absicherung sozialer Kontingenzen, das Sicherheitssystem die Absicherung vor innerer oder äußerer Bedrohung usw. Der einzelne wurde dadurch entlastet, gleichzeitig verlor er natürlich ein Stück weit seine Autonomie. Aber die Vorteile überwogen. Deshalb hat sich der moderne Sozialstaat auf nationaler Ebene durchgesetzt.

Was wir gegenwärtig erleben ist eine Ununiversalisierung dieses abstrakten Sozialstaatsprinzips. Abstrakt ist es deshalb, weil es die unsichtbaren Funktionen konstant hält und die sichtbaren Strukturen, mit denen diese Funktionen erfüllt werden, variabel macht. Gewohnt sind wir allerdings, die Strukturen als konstant und die Funktionen als variabel zu nehmen. Deshalb sind wir vielleicht gegen die Polizei oder das Militär, niemals aber gegen die eigene Sicherheit. Sicherheit aber ist die abstrakte Funktion, die das Militär (oder die Polizei) in seiner konkreten Struktur erfüllt. Unsere normativen Überzeugungs- und Gesinnungskämpfe bewegen sich derzeit immer noch auf der konkreten Strukturebene und wir vergessen, daß Strukturen bezüglich ihrer Funktionen funktional äquivalent, u.d.h. austauschbar sein können. Wer also gegen die Polizei und das Militär ist, sollte sagen können, mit Hilfe welcher funktionalen Äquivalente er die zugrunde liegende abstrakte Sicherheitsfunktion erreichen will. Umgekehrt sollte auch ein Soldat, der natürlich für das Militärsystem ist, nicht seine abstrakte Funktion mit der zufälligen konkreten Ausfüllung dieser Funktion verwechseln. "Verteidigung des Vaterlandes" oder "Kein militärischer Einsatz im Ausland" o.ä. sind in ihrer räumlichen Fixierung viel zu konkrete, weil nicht funktional verflüssigte Normen, traditionelle Kontingenzunterbrecher, die vom Modernitätsdruck der Einen Welt schon lange und hoffnungslos überholt sind.

Nicht konkrete (Vater)Länder gilt es in der Einen Welt zu verteidigen, sondern abstrakte Grundwerte wie etwa das Recht auf (Über-)Leben (gleich welcher Religion, Rasse und Geschlecht). Und wenn das nur mit Gewalt geht? Und wenn das nur mit Gewalt geht. Die Entwicklung und Stabilisierung des staatlichen Gewaltmonopols in einer ansonsten pluralistischen Gesellschaft zeigt wie es gemacht werden könnte. Dieses Gewaltmonopol begründet sich moralisch allerdings allein auf der Erhaltung einer metamoralischen Norm. Dieses Axiom des negativen Utilitarismus lautet salopp formuliert: Es ist verboten, anderen Menschen (Hautfarbe, Rasse, Geschlecht ect.) die Bedingungen vorzuenthalten oder zu nehmen, anders zu sein. Dazu gehört natürlich in erster Linie das Grundrecht auf Leben, auf Überleben. Dieses ist gegenwärtig in schändlicher Weise unseren bosnischen Mit(!)bürgern verwehrt. Vielleicht kommt die Entwicklung unseres Denkens für die Menschen in Bosnien zu spät. Aber danach, wenn die Kindertotenlieder

und die Requien in unseren Kirchen verklungen sein werden, wird die Welt nicht mehr so sein wie vorher. Internationale Einsätze ("friedenserhaltend" und/oder "friedensfördernd") zur Erhaltung grundlegender (abstrakter) Rechte und Werte werden künftig zunehmen. Wir können dann wählen, ob wir weiterhin Bürger eines Kleinstaates bleiben oder Weltbürger, Bürger der Einen Welt werden wollen.

3. Unser ethischer Verantwortungshorizont reicht genau so weit, wie unsere Macht reicht. Wer weltinnenpolitisch denkt, weiß, daß wir über politische und ökonomische Vernetzungen schon heute eine globale Macht de facto ausüben (z.B. durch unser Konsumverhalten). In dieser Situation ist das Handeln und das Nichthandeln gleichermaßen eine ethische Kategorie. Das heißt: das Handeln und das Nichthandeln kann in einer bestimmten Situation (die dadurch gekennzeichnet ist, daß mein Tun und mein Lassen Macht ausübt) gleichermaßen moralisch gut oder verwerflich sein. Die Unterlassung einer Hilfeleistung, zu der man in einer bestimmten Situation fähig (= mächtig) ist, ist deshalb in unserem Strafrecht auch eine strafbare Handlung. Wir können am Beispiel des Jugoslawienkriegs lernen, daß unsere moralische Kommunika-

tion zu schlicht operiert, wenn sie ihre Achtungs- und Verachtungshinweise nur auf das Handeln, nicht aber auch auf das Unterlassen einer Handlung bezieht. Es gibt hier keine schuldfreie Position mehr, sondern nur ein riskantes Abwägen zur Vermeidung des größeren Unheils.

Wie dieses Abwägen in diesem Falle ausgehen wird, wage ich nicht vorherzusagen. Es hängt von unseren kollektiven und individuellen Lernprozessen ab. Der Eine-Welt-Gedanke setzt, soll er praktisch werden, kognitive Strukturveränderungen voraus. Ein anderes Wort für Lernen. Pädagogik, vor allem Entwicklungspädagogik kann hier nicht abseits stehen, wenn es um Weltbildungswechsel von solchen Ausmaßen geht. Der Irak-Krieg hat uns pädagogisch elektrisiert. Schüler-Streiks, Schüler-Aktionen, Schüler-Betroffenheit in nie dagewesenem Ausmaße waren die Reaktion, die unterrichtliche Thematisierung und Aufarbeitung selbstverständlich. Etwas Vergleichbares hat der Krieg in Jugoslawien in unserem pädagogischen System bislang nicht zur Folge. Warum?



Argument